

# Wahnsinn

Kampfbblatt der Werktätigen

Der „Wahnsinn“ erscheint vierzehntägig. Redaktion und Verwaltung: Franz, Hintertgasse 3. — Wiener Redaktion: Hans Thoma, 2. Bez., Rodaragasse 24. Sprechstunden: Jeden Mittwoch von 20 bis 22 Uhr abends, Großhaus Waig, 3. Bez., Währingner Gürtel Nr. 12. — Eingehende Briefe müssen mit Name und Adresse versehen sein.

Graz Wien  
Jänner 1930  
Nr. 14 2. Jahrg.

Bezugspreis: Im Monatsabonnement mit Postzustellung wird jede Nummer mit 15 Groschen berechnet, im Straßenverkauf mit 10 Groschen. Das Vierteljahrsabonnement mit Postzustellung beträgt S — 30. Vierteljährliche Bezugsgebühr für Deutschland M — 80. Die Bezugspreise sind im vorstehenden zu entnehmen. — Postparaffentaxe Nr. 69371.

## Wohin geht der Kurs?

Die Kurve der Arbeitslosigkeit steigt unaufhaltsam. Wir haben um 15.000 Arbeitslose mehr als im Vorjahr.

193.000
unterstützte Arbeitslose fristen ihr Leben mit 2—3 Schilling täglich,
12.000 Altrentner hungern und
33.000 Ausgesteuerte

Arbeitslose stehen in der Armee der Selbstmordkandidaten. Der Zusammenbruch der Bodenkreditanstalt hat die Sperrung und Zusammenlegung von Betrieben beschleunigt. Furchtbar wirkt die Wirtschaftskrise in allen Industriezweigen. Die Unternehmer benutzen den Druck der Arbeitslosenarmee, um den im Betrieb stehenden Arbeitern noch schlechtere Arbeitsbedingungen aufzuzwingen. Die

### Teuerungswelle

beginnt durch neue Zoll- und Tarifierhöhungen neuerlich zu steigen. Die Kaufkraft der Werktätigen hat einen Punkt erreicht, der die österreichische Textilindustrie mit der völligen Stilllegung der Betriebe bedroht. Um

### 31 Prozent

ist die Teuerung in den letzten Jahren gestiegen. Ein Beispiel, wie der Staat an der Spitze der Volksausplünderung marschiert: das Porto für Inlandbriefe, das 1925 sechs Groschen betrug, wird ab 1. Jänner von 16 Groschen auf 20 Groschen erhöht. Direkte und indirekte Steuern rauben einen Großteil des knappen Lohnes. Die Staatsausgaben sind von 537 Millionen im Jahre 1925 auf 1939 Millionen Schilling im Jahre 1930 gestiegen. Auf jeden österreichischen Staatsbürger entfällt eine jährliche Steuerlast von 290 Schilling, dagegen in der Tschechoslowakei eine Belastung von nur 134 Schilling.

Die Ausgaben der Länder betragen im vergangenen Jahre 1938 Millionen, und die der Gemeinden 500 Millionen Schilling. Das ergibt eine

Pro-Kopf-Belastung von 470 Schilling jährlich.

Die Bourgeoisie denkt nicht daran, die mehr als beschriebene „Agrarreform“, Altersversicherung und die

übrigen Forderungen der SP. zu erfüllen, dagegen soll das

### Antiterrorgesetz

geschaffen werden. Die „produktiven“ Ausgaben für Polizei, Gendarmerie und Gier sind von 137.4 Millionen von 1926 auf 201.9 Millionen im Jahre 1930 gestiegen. Statt Brot — blaue Bohnen. Die Bourgeoisie läßt durch ihre Presse die Ermäßigung der Besitzsteuern ankündigen.

„Die Grenzen der Einkommensteuer müssen eingengt werden, die Körperschaftsteuer, die Lantienabgabe, die Rentensteuer, die Fürsorgeabgabe, die Nahrungs- und Genussmittelabgabe, das alles und manches andere muß reformiert werden an Haupt und Gliedern. Die Moral der Verfassungsreform besteht darin, daß die Politik bis auf weiteres auszuhalten ist.“

Das heißt, wie es mit andern Worten Schober sagt: „wenn Parlament und Regierung sich nicht einigen, so kann das nur für das Parlament, nie für die Regierung unangenehm werden.“

Wir stehen mitten in einer Wirtschaftsoffenfisiere der Bourgeoisie, die an reaktionären Maßnahmen alles in den Schranken steilen wird, was bisher geschehen ist.

Die bürgerliche Konterrevolution hat den Weg zum Faschismus beschritten. Das sagt sie selbst klar mit den Worten Schobers, daß die neue Verfassung nur „der erste Schritt“ ist. Der Versuch die formale Demokratie nach und nach mit faschistischem Inhalt zu erfüllen, verstärkt die Widersprüche der bürgerlichen Herrschaft und muß letzten Endes zu einem von beiden führen: Entweder zum offenen Faschismus oder zur proletarischen Koalition.

Jeder Wiederbelebungversuch des Kadavers der bürgerlichen Demokratie kann nur mit einer Verstärkung des Faschismus enden.

Die Arbeiterklasse steht am Scheideweg. Mit der Sozialdemokratie geht der Weg zum Faschismus — zur proletarischen Revolution führt der Kommunismus.

## Der Konflikt in Steyr.

Steyr ist die Stadt, in der mehr als ein Drittel der arbeitssfähigen Bevölkerung von der Arbeitslosigkeit betroffen ist. Die Steyr-Werke, der österreichische „Nord-Vertrieb“, beschäftigt von 6000 noch 2500 Arbeiter. Ueber das furchtbare Elend berichtet die „Neue Freie Presse“:

„Von der Not und dem Elend, das draußen in den Baracken, die seit dem vor fünfzehn Jahren auf kaum abgemäßigtem Kornfeld in aller Eile aus Klittenbrettern errichtet wurden, und noch immer, trotzdem Wind und Wetter sie hart nütgenommen haben, hungernden und tranken Menschen zur notdürftigen Behausung dienen, von diesem Elend, das dann von dort hinein über die prunkvollen Baracken der Amtshäuser, Denkmal der reichen Vergangenheit, immer und beständig flutet, kann man sich kaum einen Begriff machen. Kein Zweifel, daß diese furchtbare wirtschaftliche Not, die Ungleichheit von Arbeit und Brot, der Mangel jeder Lebensfreude, auch hier die letzte Ursache der politischen Unruhe ist.“

Die Heimwehren versuchen die vom Elend Zermürbten, die hungernden und frierenden Proleten — nach dem Tennanvier Beispiel — in das Sklavenjoch zu pressen.

Die sozialdemokratischen Führer leisten die dem Treiben der Heimwehren durch ihre kapitalistische Wirtschaftspolitik und ihre bürgerliche Gemeindepolitik Vorschub. Der Heimwehrenführer Kaltenegger hat die ganze bürgerliche Meute mobilisiert, um das intonjente, schamlose Verhalten

des sozialdemokratischen Bürgermeister Sichert abzuwehren zu nügen, um die Stellung eines Regierungskommissärs für die Stadt Steyr zu erzwingen. In Drohbrieffen wird der Bürgermeister aufgefordert, für Schutz der Heimwehren zu sorgen.

Eine Deputation Heimwehren war beim Bundeskanzler und hat mit Hintertup auf den Widerstand, den die Proleten den Heimwehrenreihen leisten, „außerordentliche Maßnahmen gegen den Terror des roten Straßenpöbels“ gefordert. Den letzten Akt haben die Heimwehrenpartei gesetzt, indem sie die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition im Gemeinderat gesprengt haben, dadurch die Annahme des Gemeindevoranschlags sabotierten, um so die Gemeinde in den finanziellen Bankrott zu treiben. Zum Anlaß für diesen „Terrorakt“ gegen die sozialdemokratische Gemeindegemeinschaft nahmen sie ein Flugblatt des Schupbundes gegen die Heimwehren.

Die Sozialdemokraten fürchten die Heimwehren, und Schreden beherzigt sie bei jeder Aktion der Arbeiter gegen die unertuglich gewordenen Zustände. Demütigt versprach Sichert bei seiner Vorprache bei Schober für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Die Gemeindepolizei nannte der Staatspolizei einverleibt und Steyr ist mit Polizei und Gendarmerie gespickt.

Die Arbeiterschaft muß auf der Hut sein, in Steyr wollen die Heimwehren ein zweites Donauviß schaffen.

## Zum neuen Jahr.

Sollen wir aufzählen, was das vergangene Jahr der österreichischen Arbeiterschaft gebracht hat? Wozu? Spürt es nicht ein jeder am eigenen Leibe? Die Steigerung des Mietzinses durch den Abbau des Mieterschutzes, der immer ärgerer Terror im Betrieb und auf der Straße durch die Unternehmervölblding, die Heimwehr, die immer mörderischer Arbeitsschere durch die Nationalisierung, der immer größere Lohn, die immer furchtbarer anschwellende Arbeitslosigkeit? Und weiß nicht jeder, der die Dinge nicht durch rosarote Brillen betrachtet, daß alle diese Uebel im kommenden Jahre maßlos ärger zu werden drohen, dank der Annahme der allseitig gepriesenen neuen Verfassung?

Doch flunkern wir uns nichts vor. Jeder „spielt“ doch nur, was ihn selber trifft. Was kümmert jenen, der „noch“ Arbeit hat, die Verzeiwung eines der 33.000 ausgesteuerten Arbeitslosen, der die „Wahl“ mit zwischen langsamem Verbrennen und plöglidem „freiwilligen“ Tod? Was sichert sich der gelernte Arbeiter, der nur feinem „Männerlohn“ mit knapper Not Frau und Kinder durchbringt, um die Sorgen seiner Hilfsarbeiterin, die von ihrem „Wiberlohn“ einen arbeitslosen Mann und Kinder erhalten soll? Was weiß der junge Wiener Arbeiter, der nach schwätzigem Kaderei einen kurzen Tag draußen im Wiener Wald frische Luft in die verstaubten Lungen pumpen kann, von dem „Arden“ seiner Arbeitsbrüder in den Schädten der Alpine, die, wenn sie gegen Ueberhundredschinderei und Sonntagsarbeit aufzubegehren wagen, neben dem chronischen Hunger noch die Obdachlosigkeit bedroht?

Jeder fühlt doch nur, was er selbst erlebt! Wäre es anders, die mörderische „Ordnung“, die darauf fußt, daß einige wenige — immer weniger — die gewaltige Masse der arbeitenden Menschheit im Joch halten, könnte auch nicht einen Tag länger bestehen.

Dennoch: Arbeitet nicht die kapitalistische Entwicklung heute überall, ganz besonders erfolgreich aber in Oesterreich mit eiserner Unerbittlichkeit daran, die Unterschiede zwischen den Ausgebeuteten zu verwischen, alle, Gelernte und Ungelernte, Arbeiter und Angestellte, Männer und Frauen auf ein und dieselbe Stufe des Hungerleiders herabzudrücken? Sind nicht alle in ein und derselben Weise ausgebeutet, gequält und schikaniert, getreten und unterdrückt?

Warum nicht ein Aufschrei der Empörung, ein Widerstand?

Warum nicht? Weil das Kapital alles tut, um die Arbeiterschaft zu bindern, sich ihres gemeinsamen Klasseninteresses bewußt zu werden, weil es alles versucht, um Schreinvunterschiede künstlich aufrechtzuerhalten, oder neu zu schaffen, weil es einen gegen den andern auspielt?

Das ist ein Grund. Aber diese Schlichte und Anisse würden elnd zuschanden werden, wenn da nicht eine Kraft wäre, die der Bourgeoisie zu Hilfe käme: Die Sozialdemokratie.

Mary hat gelehrt: „Mit der beständig abnehmenden Zahl der Kapitalmagnaten . . . wächst die Masse des Elends, des Eruckes, der Anechtshaft, der Entartung, der Ausbeutung, aber auch die Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst gespaltenen vereinten und organisierten Arbeiterschaft.“ Der Druck, das Elend, die Anechtshaft sind gewachsen, in Oesterreich vielleicht mehr als in jedem anderen Land, und im letzten Jahr ärger als in den vergangenen. Die österreichische Arbeiterschaft gehört zu der am stärksten organisierten Arbeiterschaft der Welt, ist „geimt“, „geschult“.

Und die österreichische „Arbeiterpartei“, die große, mächtige Sozialdemokratie, was tut sie, was hat sie getan, um die Empörung der Arbeiterschaft für den Massenkampf nutzbar zu machen, ihr ein revolutionäres Ziel zu setzen?

Nichts. Weniger als das. Als Flammen der Empörung am 15. Juli und — beschämender Flämmchen im Jahre 1929 in St. Lorenzen und Stockerau aufzungen, da hat sie dem Brand im Entschens erstickt. — Nein, nicht die „stets anschwellende Empörung“ zum Ausbruch zu

bringen, zu steigern bis zum Sturz dieses kapitalistischen

„Erfolge“ dieser Politik, sei es über den Abbau

„Ihr seid so stark, ihr seid so einig, ihr könntet,

„Denn wer hat denn die Politik in der sozialdemo-

„Nem, die „graue Masse“, hat in Wirklichkeit

„Wohin geföhrt, das hat das vergangene Jahr, in

„Soll es so weitergehen? Sprechen wir aus, was ist.

„Wie ist die Situation? Durch jahrelange sozial-

„Trotzdem, das österreichische Proletariat ist noch

„Trotzdem. Noch kann die österreichische Arbeiter-

„So lange das österreichische Proletariat sich von

„Es gibt heute in Österreich keine revolutionäre

„Das österreichische Proletariat hat keine revolutionäre

ren zu helfen, sich ideologisch und schließlich auch orga-

„Wir wissen, daß wir vorläufig nur wenige sind,

# Das neue Preßgesetz.

Die Sozialdemokraten brüteten seit dem Umsturz auf

„Seit 11 Jahren gehen sie dem friedlichen Weg zum

„Unter dem Druck der Heimwehren und des bürger-

„Bisher urteilte über Erstatzten der Presse das Ge-

„Jetzt aber entscheidend in solchen Fällen der Bezirks-

„Es ist die Freiheit, die revolutionäre Zeitung zu

„Mit dem neuen Preßgesetz setzt sich die Regierung

„Wir meinen aber, daß noch jeder, der sich breit-

„In der Stimmelsprache dürfen wir uns noch unter-

„Sagen wir, er sei eine Fierde seiner Klasse, freit

# Inland.

„Rechtsfragen und Verkehrsregeln. Der „Ausflug“ für

„Kampf bei den Heimwehren. In die Jünterrien unter

„Aber wir wissen auch, daß die Entwicklung unsere

„Bis daß die Zeit erfüllt ist, und in Österreich eine

„Beleidigender Beschimpfung über unjeren mageren

„„Beleidigen“ wir den Unternehmer, sagen wir zeh-

„Da wir aber Habenichtse sind und das Gesetz gegen-

„Wenn wir also auf dem „friedlichen Weg zum So-

„„Frei der Staat und seine Diener!“

„Und wenn der „Wahnwitz“ gar hochwürden den

„Wenn wir den Nationalrat, Bundesrat oder Landtag,

„Wir sollen also fünfzigmal nur mehr die Bundes-

„Es gibt manchmal einen Versuch, den man schon auf

„Ueber solche Dinge darf der „Wahnwitz“ bei Strafe

„das „legale Kopf“ des Faschismus und gründet die Bauernwehren,

„Gas- und Strompreiserhöhung der Gemeinde Wien. Als

„Kaiserliche ist da! Der Minister hat beschlossen, die

# Was uns Arbeiter schreiben!

## Kochmals die Fahnenhosen-Widerreden.

Wir haben im letzten „Wahrheit“ einige Arbeiterunternehmer angegriffen, die zwar kein „Gold“ haben um ihre Arbeiter ausbeutend zu bezahlen, aber genug um dem Heimathaus „Wohltaten“ zu erweisen. Da nicht nur Arbeiter, sondern auch sozialdemokratische Kleinrentnerbetriebe keine Lust haben Unternehmern verdienen zu geben, die zur Wohlwehr halten, ist es den „Fahnenhosen-Widerredanten“ sehr ungemütlich geworden. Eine Firma, die Liebenauer Broschüre hat es für nötig gehalten, an Kunden, die die Geschäftsbeziehungen abgebrochen haben, ein Schreiben zu richten, in dem sie unter anderem „feststellt“, daß sie „lediglich über Auftrag und gegen Vergütung am 11. November, Best zum Zweck der Verpflegung der Häftlinge (in der Inhaftung) von der Stadt Graz bezahlten Personen geliefert haben.“

Unterzeichnet gibt die Firma zu „bedenken“, daß sie im Laufe des Jahres von so vielen Seiten, insbesondere auch von sozialdemokratisch eingestellten Wohltätigkeitsvereinigungen für jeden aller Art in Anspruch genommen werden, ohne daß hieraus von dritter Seite Angriffe gegen unsere Firma erfolgt wären.

Das heißt die Firma gibt indirekt durch ihre „Widerlegung“ zu, daß sie eine „offene Hand“ für alle, also auch für die Fahnenhosenwähler hat.

Was sagt übrigens die sozialdemokratische Gemeindefraktion zu der Feststellung, daß die Grazer Gemeinde, in der sie bekanntlich ausschlaggebenden Einfluß hat, so vorzüglich für die Bezahlung der Arbeiterfeinde gesorgt hat?

## Gewerbetreibende, die von Arbeitern leben wollen.

Der Schneidermeister Kichholzer, Graz, Mandelstraße Nr. 27, ist dem Heimathaus beigetreten.

## Ein Todesopfer des Umstürzels der J. B. K.

Dem nahezu sechzigjährigen Arbeiter Schuhmacher Heindl Johann wurde im Juli 1929 die Unterstützung eingestellt. Begründung: „Keine besondere Notlage vorhanden, da große Kinder des Arbeitlosen verdienen.“

Wie die Söhne, die sich beide selbst knapp über Wasser halten können (der eine, der bei der Bahn angestellt ist, hat 160 Schilling im Monat), es anfangen sellen, den Vater, eine arbeitslose Schwester und die Mutter zu erhalten, darüber blieb die J. B. K. die Klärung schuldig.

Einmal ließ der alte Mann zur J. B. K. Ersuchen. Keine Unterstützung. Keine Aussicht auf Arbeit. Keine Altersrente. Nichts.

Am 7. Dezember 1929 nachmittags um 3 Uhr war er zum letztenmal zur Sitzung der J. B. K. vorgeladen. Die Gewährung der Unterstützung wurde wieder endlich abgelehnt. Er erklärte:

„Er bleibt mir nichts übrig, als mich aufzuhängen.“

Eing nach Hause und erhängte sich.

Kurze Zeit später wurde der Sohn vorgeladen. Die Schwester, die in seiner Verrentung kam, teilte den Selbstmord des Vaters mit. Man sagte ihr, daß der Vater ohnedies die Unterstützung bekommen hätte.

Anscheinend muß ein Arbeiter sich vorher erkänigen, damit die besondere, gesetzlich geforderte Notlage gegeben ist!

Arbeiter und Arbeitslose, lernt daraus. Sorgt dafür, daß die Vertreter der Arbeiterschaft dieses schändliche Spiel nicht mehr mitmachen.

## Fahndisten bekommen Wohnungen, revolutionäre Arbeiter nicht.

Der „Arbeiterwille“ berichtet, am 22. d. M., daß in Innsbruck die Hausbesitzer eine Versteigerung herausgaben, wonach sie in die freiwerdenden Wohnungen nur „Heimathäuser“ aufnehmen.

Obwohl man in Graz von einem solchen Hausbesitzer-Klass noch nichts gehört hat, wird diese Methode auch hier praktiziert. Es ist selbstverständlich, daß bei diesem Umfange, den „Heimathäusern“ überläßt dort, die Vermietung einer Wohnung bevorzugt werden müßte, wo die S.-P.-Führer durch gewisse Umstände die Vermietung von Wohnungen unter ihrem Einfluß haben.

Wer so denkt, rechnet aber nicht mit der Prinzipienlosigkeit der sozialdemokratischen Arbeitervertreter.

Im Unfallhaus Eggenberg, das dem Gemeindevater Eggenberg (rote Gemeinde) und dem Verwaltungsausschuß der Arbeiter-Unfallversicherung untersteht, deren Obmann Stanel ist, wurde der Heimathäuser Samernitz aufgenommen. Lange vor ihm hat sich der beim Straßenbahnverkehr um seine Stelle gekommene, Arbeiter Oßon, der heute als Zellungsausträger des Arbeiterwille sein Brot verdient, um die Wohnung beworben. Er wurde abgewiesen. Der Heimathäuser belam die Wohnung.

Man komme nun nicht mit der Ausrede, man habe nicht gewußt, daß Samernitz ein Heimathäuser ist. Der Arbeiterwille selbst hat sich im vorigen Monat mit diesem Subjekt beschäftigt, der als Wirtsführer der Unabhängigen Gewerkschaft bei Weiber Waggon-Fabrik aufgetreten ist.

Ein alter Sozialdemokrat namens Sauger, der durch 30 Jahre der S.-P. angehörte, ehemals Obmann der Sozialdemokratischen Eggenberg war, machte in einem Schreiben die Republikanische Schuhindustrie und die freie Gewerkschaft auf all das aufmerksam, den Arbeiter Oßon, das Opfer des Stanelles, der sich vergewaltigt um die Wohnung im Unfallhaus beworben hat. Er machte er Oßon Vorwürfe, was er mit den „Kommunisten“ zu tun habe.

Arbeiter sagt dem Stanel, er soll sich besser darum kümmern, daß keine Heimwehrschäfers in die unter seiner Verwaltung stehenden Unfallhäuser kommen, als gegen linke Arbeiter sich abfällig zu äußern.

## Stummer Protest gegen die S.-P.-Führer.

Zu den 17. Dezember hatte die S.-P. eine Frauen-Massenkundgebung in der Zindurichstraße angelegt. Erschienen waren nur 400 bis 500 Personen, während die Halle gegen 2000 Personen faßt. Gegen das Ministerium (Sisters) und Nachschobes willkommene Schutzmaßnahmen sprechen. Es wurde ihnen jedoch das Wort nicht gegeben. Die Führer fürchten, im Bewußtsein, daß ihre Politik die Lage des Proletariats immer mehr verschlechtert, die Kultur der Arbeiter. Die schwach besuchte Versammlung war an und für sich schon eine stumme Widerstandsgebende gegen diese Politik.

Anmerkung der Redaktion: Es ist im Interesse der Arbeiterbewegung, daß die vom Kleinbürgerlichen Geist nicht verzeigten Arbeiter in den Versammlungen der S.-P. zu Wort kommen. Um ihre Auffassungen zu hören, müssen die Versammlungsteilnehmer selbst durch möglichst geschlossenen Auftreten die Redefreiheit ihrer eigenen Interessen erzwingen.

## Ein sozialdemokratischer Arbeiter über die S.-P.

Ein Sozialdemokrat überjandte folgendes Schreiben aus dem wir eine wesentliche Meinung entnehmen: „Als im Jahre 1918 die Republik ausgerufen wurde, glaubten viele die S.-P. werde uns zum Sozialismus führen. Darauf folgten schwere Enttäuschungen. Sie begannen mit der Auflösung des Arbeiter- und Soldatenrates durch die S.-P. nachdem diese Förderung vom Bürgeramt gestiftet wurde. Dann folgte die Kongruenz. Im Staatsapparat, statt ihn umzubauen, wurde die ganz reaktionäre Meute befristet. Wo wir heute leben, ist jedem klar. Alles durch die Fehler der S.-P.-Führung. Soll das Proletariat in Zukunft wieder Erfolge erringen, dann muß der Kurs in der S.-P. grundlegend sich ändern. Stimmgabel und Resolutionen dürfen nicht mehr die alleinigen Kampfmittel sein. Der Kampf muß vor allem durch außerparlamentarische Mittel gesichert werden.“ Dazu haben wir zu bemerken: Genosse, Du glaubst, daß die S.-P. Fehler beging. Von deinem Standpunkt hast Du recht. Vom Standpunkt der führenden Sozialdemokraten sind es „vernünftige“ Maßnahmen zum Aufbau der bürgerlich-demokratischen Republik gewesen. Auf die ein Wege wird die S.-P.-Führerschaft auch in Zukunft weitergehen. Dagegen ist kein Widerspruch, die S.-P. muß den Kurs ändern. Hoffst Du nicht weiterhin auf die Führer. Die Arbeiter, die sich zur Erkenntnis durchgerungen haben, daß der Weg, den die S.-P. geht, zwingend zum Sozialismus führt, immer weiter entfernt, dafür die Bourgeoisie wieder in den Sattel gehoben hat und sie weiterhin immer wichtiger macht. Die müssen in der S.-P. ihre Organisationsgenossen sammeln und sich dem verhängnisvollen Kurs entgegenstellen.

## Mietzinsrechnung und arbeitlose Untermieter.

Seit dem 1. August 1929, da die Mietzinsobergrenzung und eine stets steigende Teuerung eintrat, suchen alle, die irgend einen Winkel, einen Raum oder ein Loch freimachen können, sich ein Einkommen oder Nebenkommen durch Vermieten zu verschaffen. Was man den Mietern bietet, ist meist Lebenslade. Hast Du kein Geld für eine Ablöse oder für eine Zinsvorauszahlung auf ein Vierteljahr oder noch länger, wirst Du lange nichts finden. Im Winter, wo jeder ein schützendes Dach sucht, blüht den Mietzinsen der Weizen aufs beste. Die Zeit wird meist ausgefüllt zu Steigerungen. Vor Wohlansichtigkeit treifende Leute stellen einem vor die Alternative, mehr zahlen oder gehen. Sucht man eine Miete, wird man auf gute Kleider, großen Koffer, Anstellung, Lebenslauf usw. geprüft. Arbeitslose werden in den meisten Fällen abgewiesen. Die sollen sich eine Wohnung durch einen Sprung ins Jenseits suchen.

Stellungnahme der Redaktion. Des Heils Wurzel liegt in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, wenn genügend Wohnungen vorhanden sind, und dieses Problem wird nur die sozialistische Gesellschaftsordnung lösen, dann wird das Elend, das du Genosse, hier aufzeigt, ein Ende haben.

## Briefkasten.

„Warum unsere Korbhaken verrotten.“ Der Artikel ist zu unverständlich. Genosse, kannst Du uns Berichte aus den Briefkasten senden?

„Eine brillante Delegationsaufstellung.“ Soll man den Artikel noch bringen?

„Kochwille.“ Das Schreiben ist zur Veröffentlichung zu lang.

## Zwölf Jahre Sowjetrußland.

Anmerkung der Redaktion: Nachfolgender Artikel des Genossen Trotski zum 12. Jahrestag der Oktoberrevolution konnten wir infolge technischer Hindernisse leider erst in dieser Nummer bringen. Die Fortsetzung wird das nächste Mal erscheinen.

Der zwölfte Jahrestag findet Sowjetrußland in einem Zustande, wo kolossale Erfolge Hand in Hand gehen mit kolossalen Schwierigkeiten, wobei zugleich sowohl jene als auch diese immer größer werden. Das ist das Hauptmerkmal der jetzigen Lage und ihr größtes Rätsel.

Die Industrie macht und macht Eroberungen, die, gemessen mit kapitalistischem Maßstabe, ungewöhnlich sind. Viel unbedeutendere Erfolge erzielt in den letzten Jahren die Landwirtschaft, aber unzweifelhaft sind Erfolge doch vorhanden. Zugleich bemerken wir eine ganz widerspruchsvolle Erscheinung: Auf dem Markte herrscht ein fürchterlicher Warenmangel, der, trotz der Erfolge der Wirtschaft, anbauert und zu gewissen Zeiten äußerst schmerzhaft wird. Es fehlen die notwendigen Industriewaren, trotz des stürmischen Wachstums der Industrie. Besonders scharf und geradezu unerträglich ist der Mangel an landwirtschaftlichen Produkten, trotz des vorwiegend bäuerlichen Charakters des Landes.

## Was bedeuten diese Widersprüche?

Sie haben zweiertei Ursachen. Die Hauptursachen wurzeln in der objektiven Lage des ökonomisch zurückgebliebenen Landes, das trotz der historischen Dialektik als erstes zur proletarischen Diktatur und zum sozialistischen Aufbau gezwungen wurde. Die Ursachen zweitem

Kanges wurzeln in der falschen Politik der Führung, die von der Kleinbürgerlichkeit beeinflusst wird, die eine Kompromisspolitik macht, die nicht fähig ist, rechtzeitig die Lage einzuschätzen und die politischen und ökonomischen Hilfsquellen am zweckmäßigsten auszunutzen.

Der Sowjetstaat zahlt keine Zinsen für die alten Schulden. Er leistet keine oder fast keine Abgaben zu Gunsten des Adels, der Bankiers, der Fabrikanten usw. Diese zwei Umstände, besonders der zweite, bilden an und für sich einen starken Fonds für die Industrialisierung des Landes.

Die Vereinigung der Industrie und des Transportwesens in den Händen eines Eigentümers, des Sowjetstaates, eine unentbehrliche Bedingung der Planwirtschaft, eröffnete unerschöpfliche Möglichkeiten einer zweckmäßigen Anwendung der Kräfte und der Mittel, also auch einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums des Landes.

Das ist das riesenhafte Aktium des Oktoberumschwungs. Als Passivum — nicht der Revolution selbst, sondern der Umstände, unter denen sie sich vollzog — erscheinen: die Zerstückelung und Rückständigkeit der Bauernwirtschaft, die kulturelle Zurückgebliebenheit der Volksmassen, endlich die isolierte Lage der Sowjetrepublik, die von viel reicheren und mächtigen, kapitalistischen Ländern umgeben ist.

Die Notwendigkeit, jährlich Hunderte von Millionen für Arme und Flotte auszugeben, ist das unmittelbare und am meisten sichtbare Resultat der feindlichen kapitalistischen Einkreisung.

Das andere Resultat dieser Einkreisung ist das Außenhandelsmonopol, das der Sowjetrepublik geradezu ausgezwungen wird, wie die Arme und die Flotte. Die Beschleunigung oder auch nur Abfchwächung des Außenhandelsmonopols (am Ende des Jahres 1929 von Stalin

unter dem Einfluß von Solonikow beabsichtigt) würde nicht nur die Rückkehr auf den Weg des Kapitalismus bedeuten, sondern auch die Verwandelung Rußlands in ein halbkoloniales Land. Aber man darf nicht vergessen, daß das Außenhandelsmonopol automatisch den Ausschluß Rußlands aus der internationalen Arbeitsteilung bedeutet, auf deren Grundlage sich seine kapitalistische Entwicklung vollzog. Die unmittelbare Folge war — beim allgemeinen Wachstum der Wirtschaft — eine außerordentliche Verminderung des Außenhandels.

Das schnelle Wachsen der Mittel, die für die Industrialisierung verwendet werden, ist im hohen Maße dadurch hervorgerufen, daß Sowjetrußland gezwungen ist, alles das zu erzeugen, was das bürgerliche Rußland aus dem Auslande zu vorteilhaften Bedingungen bezogen hatte.

Wären andere Länder sozialistisch verwaltet, so würde Sowjetrußland natürlich kein Außenhandelsmonopol brauchen, und U. S. S. R. würde die ihr fehlende Produkte aus vorgeschrittenen Ländern zu weitläufigen günstigeren Bedingungen bekommen, als sie das bürgerliche Rußland bekam.

In der jetzigen Lage aber bedingt das Außenhandelsmonopol, das für den Schutz der sozialistischen Grundlagen der Wirtschaft unbedingt notwendig ist, riesige Investitionen in die Industrie, nur für die einfache Selbsthaltung des Landes. Dabei, bei der allgemeinen Steigerung der Industrie, ein chronischer Mangel an fertigen Industriewaren.

Die Zerstückelung der bäuerlichen Wirtschaft, unser altes Erbtill, wurde durch die Oktoberrevolution noch gefördert, insoweit ihr erstes Wort die demokratische Agrarrevolution war.

Die Zerstückelung der bäuerlichen Wirtschaft würde auch dann dem sozialistischen Aufbau Rußlands ernst-

### Der Spiegel.

Das ausgeprägte Christentum. Kaum hat sich der bürgerliche Zeitungsleser nachträglich nach der Nacht erholt — doch in Sowjetrußland ein paar tausend Kalalen, die absolet nicht fa-pieren wollten, daß „Wolga-Deutschland“ nicht Döbstein ist, so man den Proleten angelächelt nach Herzenslust das Heil über die Ohren ziehen kann, landesverwirrer wurde — als ihn neue „gerechte Empörung“ packt. Denn, stellt sich vor: Das Christ-entum wurde von den „höllischsten Barbaren“ landesverwirren. Der Weihnachtsbaum, richtiger die Weihnachtskette, loger der Verkauf von Weihnachtsbäumen, ja das Schmelzen der Kirchenglocken, wurden „verboten!“ Wie viel besser hats doch der Prolet bei uns! Die Auslagen der Geschäfte leuchten noch verführerischer als sonst, d. h. es ist noch schwerer, die Kinder wegzubringen als sonst, die Weihnachtsbäume sind so teuer, daß man am liebsten absparen muß, wenn man dem Kind, daß es so haben will, „wie die anderen“ einen kaufen will. Die Kirchenglocken tönnen so tönnlich in den leeren Klagen und in die kalte Stube des Arbeitslosen. Und wenn man gut versteht, „ich litz schön“ und „sich die Hand“ zu sagen, kriegt man von einem „Möglichkeitensverein“ vielleicht loger ein paar abgetragene Schuhe fürs Kind oder eine abgetragene Bluse von der „Gnädigen“ aus dem ersten Stock (wenn man nämlich das Glück hat, in einer Kellerwohnung in einem „besseren“ Haus zu wohnen. Aber Spah besette, denn es geht um Erstes. Wenn die Sowjetregierung in diesem Jahr so ernste Anstrengungen macht, um gegen den religiösen Krimin zu Felde zu ziehen, so ist das einesteils ein Zeichen, wie stark die Macht des Pflanzentums in den letzten Jahren erstarkt sein muß. Andererseits zeigt es, daß sich im russischen Proletariat Kräfte bilden, die auf einen allseitigen, energiegelben Kampf gegen die Reaktion drängen. Denn, bildet euch doch nicht ein, daß dieser „goldene Weihnachtsbaum“, an dem man uns von Kindheit an gewöhnt hat, eine so unschuldige Sache ist. Die Geschichte der Demut, der Anständigkeit, gleichgültig die Macht der Kirche über die „Seelen“ zu vermehren, das ist der Sinn dieses christlichen Festes, das kapitalistische Proletariat wie kein anderes für ihre Zwecke auszubilden ver- steht. Und die Regierung eines proletarischen Staates tut gut daran, damit anzufangen.

**Entschluß!** „Es geht vorwärts — wir sanieren uns — die neue Verfassung verbürgt Ruhe und Ordnung, und hohe Prämie fürs Kapital“ — so dröhelt Schober Tag und Nacht ins Ausland. Und die „Arbeiter-Zeitung“ und ihre internationalen: Gewinner ebenso mit anderen, und manchmal auch gleichen Worten. — Und nun? Nun erfolgt — sojagen aus Hei-tern Himmel (denn, wann hat die schwarze Wolke der Arbeitslosigkeit je den Horizont eines österreichischen Staatsmannes, mag er nun gelb oder rot lackiert sein, je verfinstert) ein Schlag, der alle Kredithoffnungen mit einem Schlage zu vernichten droht. Die Operndebute in Wien ist abgelehrt worden. „Warum“, „wieso“, „weshalb?“ So fragt verzweifelt der wohlbezogene Prolet, der von den Kennern und Außerlich jahrelang belehrt wurde, daß „das Vertrauen des Auslandes“ die Stabilität der österreichischen Verhältnisse“, wenn nicht das höchste Gut, so doch eines der höchsten Güter hindern ist. Gott sei gelobt. Die „Grazzer Tagespost“ kann Aufklärung geben. Sie läßt sich am 21. Dezember aus Wien drahen: „Die Ur- sachen für diese Wlagen (auch der Wiener Opernball und die Volksoper-Debuten sind abgelehrt. — Die Neb.) sind die Steuerbelastung und — die Spielereien der Steuerbehörden, die den Ballbesuchern gelegentlich der Steuerbemessung den Tot- fettenaufwand vorhalten. Uebrigens hat auch die politische Geg- nerschaft, das gesellschaftliche Leben Wiens so gekürzt, das gerade politische Feindseligkeiten entstanden sind.“ Ist das nicht entsetzlich?

hede Schwierigkeiten bereiten, wenn das Proletariat in fortgeschrittenen Ländern an der Macht wäre. Jetzt aber, wo das Land der Oktoberrevolution auf sich selbst an- gewiesen ist, sind die Schwierigkeiten um vieles größer. Unterdessen führt das äußerst langsame Tempo des so- zialistischen Umbaus des Dorfes seinerseits zur weiteren Spaltung der bäuerlichen Wirtschaften, also auch zur Stärkung der Konsumfähigkeit des Dorfes. Das ist eine der Ursachen des Mangels an landwirtschaftlichen Pro- dukten.

Die hohen Preise der Industrieprodukte haben eine ebenso große Bedeutung. Mit diesen Preisen muß die Industrie ihren Uebergang von zurückgebliebenen zu hö- heren technischen Formen bezahlen und in derselben Zeit immer neue und neue Anlagen in solchen Produktions- zweigen machen, die als Folge des Außenhandelsmono- pols notwendig geworden sind. Mit anderen Worten: Das Dorf zahlt eine große Tribut zu Gunsten der sozialistischen Industrie.

Die Bauernschaft unterscheidet streng zwischen der von den Bolschewiki vollführten demokratischen Agrar- revolution und dem von ihnen gelegten Grund zur sozialistischen Revolution. Der Uebergang des staatlichen — und des Großgrundbesitzersbodens in die Hände der Bauern — demokratischer Umsturz — brachte den Bauern ungefahr eine halbe Milliarde Rubel Tugen, weil sie keine Bodenrente zahlen müssen. Aber die Bauern zahlen dank der Preisföhre zu Gunsten der Staats- industrie eine viel größere Summe. Auf diese Weise bildet die Bilanz der zwei Revolutionen, der demokrati- schen und der proletarischen, für die Bauernschaft noch immer eine Einbuße von hunderten Millionen Rubeln. Das ist die unzweifelhafte und dazu auch die wichtigste Tatsache für die Beurteilung nicht nur der ökonomischen, sondern auch der politischen Lage des Landes.

**Wichtigste Punkte der Kultur:** Sind grüne Augenlieder und gel- bene Fingerringel. Fabriziert in den Schmiedefabriken von Paris in denen eine „kleine Schiffsmaße“ zirka 200 Frank (das sind nicht viel weniger als zirka 1000 S.) kostet. In Wien soll, wie ein Dame in der Rodenhau der „Neuen freien Presse“ plaudert die Probezeit etwas billiger sein.

**Wigt ihr nun Proleten, wofür ihr kauftet, eure Kinder an den verheißentlichsten Hungerkrankheiten dahinföhren, eure Frauen in jungen Jahren alt und fuch werden?**

**Was Bergeshöhe gemindert.** Im Untersuchungsgefängnis in Eiberfeld wurde der schwerkranke „Landesverräter“ Josef Schneider 190 Tage, vom 8. Februar bis zum 17. August 1929 in Fesseln gehalten. Der Untersuchungsrichter „erklärte“ diese Barbarei, die neben anderen Schikanen (Einzug von Frischwasser und des Abtritts) den Gefangenen zu einem Selbstmordver- such trieb in folgender Weise: „Die Abnahme der Fesseln sei durch keine (des Richters), Fesseln vergessen worden.“

So geschähen in der demokratischen Republik Deutschland Anno 1929.

## Internationales.

**Hilfering gewährt.** Der sozialdemokratische Finanzminister Hilferding wurde von Schacht, dem Präsidenten der Reichsbank, hinter dem das Trustkapital und das Bankhaus Morgan steht, geföhrt worden. Rodenhauer, Mitglied der deutschen Volks- partei, wurde zum Finanzminister ernannt, Betanilich plante Hilferding große Steuernachlässe für die Besitzenden und eine empfindliche Erhöhung der Biersteuer. Der Anschlag zu keinem Sturz war, daß er eine Anleihe nicht beim Bankhaus Morgan auflegen wollte. Wir werden auf die sehr wichtigen Vorgänge in Deutschland demnächst ausführlich eingehen.

**Die englische Regierungspolitik.** Die Zustimmung über das Schick, das die Verbesserung der Kohlenproduktion bedeutet, sollte sowohl von den Konservativen als auch von den Liberalen zum Sturze der Arbeiterregierung ausgenützt werden. Die Stim- mung, die vor einigen Tagen im Unterhause erfolgte, brachte in- sofern eine Ueberräschung, als sich die Regierung mit einer Mehrheit von sage und schreibe acht Stimmen retten konnte. Wie unzulänglich die Maßnahmen der Regierung im Interesse der Arbeitslosen sind, geht schon daraus hervor, daß sich Lloyd George den Spah erlauben konnte, die Regierungsoohtage von links zu kritisieren. Lloyd George meinte, daß die Vorlage weder sozialistisch noch individualistisch sei, wohl aber die Föh- ler beider Weltanschauungen in sich vereinige.

**Könige in Gefahr.** Anlässlich des Geburtstages des jer- usalimischen Königs war ein Bombenattentat geplant. Durch Ver- rat wurde das Attentat vereitelt und zehn Verschwörer (französi- sche Nationalisten), darunter auch Dr. Macel, der Nachfolger von Kabit, verhaftet. — Gegen den indischen Yeghish, das ist der Statthalter des englischen Königs von Indien, wurde ein Atten- tat verübt. Die Bombe, die auf die Schienen gelegt wurde und mittels elektrischer Leitung zur Explosion gebracht wurde, ging zu früh los. Massenverhaftungen sind im Zuge.

**Das Blutgericht der bulgarischen Arbeitermörder.** Die Ge- richte der bulgarischen Gutsbesitzer beschäftigen sich schon seit einigen Jahren fast ausschließlich mit Prozeffen gegen die Ver- treterpersonen der Arbeiter und Bauern. Wer von diesen Mär- tyrern nicht „auf der Flucht“ erschossen oder auf eine andere Weise gemordet wird, der wird von den bulgarischen Klassen- gerichteten ins Justizhaus geschickt. Vor einigen Tagen hat das Strafgericht in Sofia nicht weniger als 40 Kommunisten zu Zuchthausstrafen von 3 bis 13 Jahren verurteilt. Insgesamt wurden 330 Jahre Zuchthaus verhängt.

Das verzögerte Wachstum der Dauernwirtschaft, das weitere Umlageren der Kleinwirtschaft, die Preis- föhre der landwirtschaftlichen und der Industriepreise — mit einem Wort, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Dorfes bilden günstige Bedingungen für das Wachstum des Kulakentums und für seinen stei- genden Einfluß im Dorfe, der im Vergleich zu der Zahl der Kulaken und den in ihren Händen befindlichen materiellen Mitteln verhältnismäßig groß ist. Die Ueber- schüsse an Korn, die sich hauptsächlich bei den Kulaken befinden, dienen zur Ausbeutung der Dorfarmut, zum Verkauf durch die Kleinbürgerlichen Elemente der Städte: auf diese Weise schiden sie aus dem Umlage des Staates aus. Es fehlt an Brot nicht nur für den Export, sondern auch für die inneren Bedürfnisse. Der so verringerte Export führt dazu, daß man nicht nur auf den Import der fertigen Waren ganz verzichten muß, sondern, daß auch der Import von Maschinen und Rohprodukten auf das äußerste beschränkt werden muß, was wieder beweiht, daß man jeden Schritt der Industrialisierung mit einer außerordentlichen Anspannung der wirtschaft- lichen Mittel bezahlen muß.

Daraus vor allem erklärt sich, warum Sowjet- rußland bei allgemeiner Stebung der Wirtschaft und bei dem äußerst raschen Tempo der Industrialisierung nicht aus dem Reigime der „Schlangen“ herauskommt, das das stärkste Argument gegen die Theorie des Sozialismus in einem Lande bildet.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß selbst die rich- tige und die weitestgehende Führung die U. S. S. R., die durch das Außenhandelsmonopol von der Welt- wirtschaft getrennt ist, nicht zum Aufbau des Sozialis- mus im nationalen Rahmen bringen würde.

Wenn es sich herausstellte, daß die proletarische Revolution in den fortgeschrittenen kapitalistischen Län-

### Werbet für den Mahnruf!

Die Frau eines Arbeitslosen, deren Kind schwer krank wurde, konnte Ihre Schuld beim Kaufmann nicht bezahlen. Die Frau wurde verurteilt zur Tragung der Gerichtskosten. Die Arbeitslose, empört darüber, daß sie die Gerichts- kosten von zwei Verhandlungen tragen soll (der Kaufmann war zur ersten Verhandlung nicht erschienen), äußerte sich in ihrer Erregung: „das werde ich dem Mahnruf geben“. Der Bezirksrichter sagte: „Das können Sie tun, der wird ehnedies nicht mehr lange bestehen, der wird bald ab- tragen“. (Nachte der Herr Richter an die Verfassungs- änderung und das neue Preßgesetz?)

Arbeiter und Arbeitslose! Mande von euch sagen, eine Zeitung müßt nicht. Diese Auffassung ist unrichtig, die Bürgerlichen verstehen sehr gut den Wert einer Presse. Darum das neue Preßgesetz, um die revolutionäre Presse zu knebeln.

Arbeiter sorgt dafür, daß den Bürgerlichen nicht diese Freude zuteil wird, daß der Wunsch des Bezirksrichters nicht in Erfüllung geht.

(Ein Arbeiterkorrespondent.)

### Was alle Abonnenten und Mitglieder.

Das Parteikolal müßt am 18. November 1929 ge- räumt werden, wir haben dadurch die größten Schwierig- keiten, weil man die Redaktions-, Verwaltungs- und Aus- sachtarbeiten ohne Lokal nur schwer durchführen kann. Wir ersuchen euch, im Interesse des Mahnrufs und der Arbeitslosen, deren Gesuche Gen. Koch schreibt und Auskünfte erteilt, mitzuhelfen, ein Parteikolal zu suchen. Geht sofort auf die Suche. Meldet sofort beim Gen. Koch, Fintengasse 3/1. Die Verwaltung.

### Wiener Genossen.

Alle Mittwoch finden im Gruppenlokale, Währinger- girtel 12 (gegenüber der Stadtbahnstation Alferstraße) im Gasthaus Waig Vortragsabende statt. Gäste mü- bringen.

### Kolporteurs werden gegen gute Bezahlung gesucht.

### Samlungsausweise.

**Beschlagnahmeausweise.**

Durch die Genossen Schwarzbauer S — 20, Singer S — 35, Koch von der Kolportage S — 40, Koch S — 50, Singer S — 70, Neuhof S — 10, Finanz S — 85, Finanz — 50, Scheuher S — 40, Finanz S — 59, Gilt S — 29, Greblen S — 50, Krug S — 50, R. R. S — 35, R. R. S — 85, R. R. S — 50, R. R. S — 10, R. R. S — 10, R. R. S — 10, R. R. S — 20, Stuch S — 50, Finanz S 1., Feubl Finanz S — 12, Finanz S 1., Finanz S — 50, Fröhlich S — 85, Bauer S — 50, Deitler S — 20, Etmaier S — 20, R. R. S — 10, R. R. S — 10, Schinnerl S 1., Kollar S 1.20.

### Frankeninsamlung.

Durch Genossen Koch S 2.—.

**Druckfehlerberichtigung.** Im Spendenausweise der Nr. 13 sind die Groffen irrtümlich als Schillinge ausgewiesen worden. S 50.— soll richtig S — 50 heißen.